

PhV: Antworten von DIE LINKE Baden-Württemberg

Berufspolitik:

- Setzen Sie sich für eine **Entlastung der Lehrkräfte** ein, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wollen Sie hier umsetzen? Wie stehen Sie konkret zu einer Reduzierung des 25-Stunden-Deputats und zu einer Erhöhung des Pools der Anrechnungsstunden?

Antwort: Die Entlastung der Lehrkräfte ist unbedingt notwendig. Das Stunden-Deputat muss reduziert werden und die Klassen kleiner. Für die Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und für weniger Ausfall von Schulunterricht fordern wir außerdem den Aufbau einer Vertretungsreserve von 5% über dem Lehrkräfte-Grundbedarf. Auch fordern wir zusätzliche Stellen in der Verwaltung, um Lehrer*innen von der Verwaltungsarbeit zu entlasten.

- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die **Schulleitungen unterstützen** und entlasten? Planen Sie eine Aufstockung der Leitungszeit und zusätzliche Abteilungsleiterstellen?

Antwort: Die Entlastung der Schulleitungen streben wir primär über zusätzliche Stellen in der Verwaltung an. Da das Leistungsspektrum der Schulen sich sehr stark ausgeweitet hat, müssen auch viel mehr Akteure in den Schulalltag eingebunden werden. Konkret heißt das, die Schulsozialarbeit deutlich auszubauen und das Beratungsangebot zu verbessern. Die Aufstockung der Leitungszeit oder zusätzliche Abteilungsleiterstellen halten wir für eine Maßnahme, die ernsthaft diskutiert werden müsste.

- Wie stehen Sie zu einer **nachhaltigen Einstellung** der Lehrkräfte, um das Einstellungstief des "Schweinezyklus" zu überwinden und hochqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer nicht zu verlieren?

Antwort: Der "Schweinezyklus" ist uns als Problem bekannt. Dessen muss sich angenommen werden. Der Aufbau einer Vertretungsreserve halten wir für einen Weg um eine nachhaltige Einstellungspraxis umzusetzen.

- Welche Maßnahmen planen Sie, um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bei Lehrkräften zu verbessern?

Antwort: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen wir als eine gesamtgesellschaftlich zu lösende Aufgabe, die sich nicht alleine für die Lehrkräfte stellt. Wir streiten für eine geringe Arbeitszeit für alle Berufsgruppen, die letztlich um die 30-Stunden Woche kreist, also auch für Lehrer. Gute Arbeit heißt für uns auch, dass es genug Zeit für das Leben neben der Arbeit gibt. Eine weitere Möglichkeit ist der Ausbau von Teilzeitstellen. Wichtig ist für uns auch befristete Arbeitsverträge endlich abzuschaffen. Es kann nicht sein, dass Lehrer*innen während der Sommermonate zu Hartz-IV Empfänger*innen werden.

Auch fordern wir in unserem Landtagswahlprogramm einen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz in Wohnortsnähe ab dem ersten Lebensjahr. Auch dies verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Der PhV fordert **externe Informatikerinnen und Informatiker sowie Technikerinnen und Techniker** zur Betreuung der Geräte in den Schulen. Wie stehen Sie dazu?

Antwort: Als LINKE sehen wir den bisherigen Stand der Umsetzung der Digitalisierung an den Schulen kritisch. Die bisherigen Landesregierungen haben hierbei versagt. Informatiker*innen zur Gerätebetreuung halten wir vor diesem Hintergrund für eine Idee, die ernsthaft in Erwägung gezogen werden muss, um als Teil einer größer angelegten Strategie die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben.

Bildungspolitik:

- Wie positionieren Sie sich in der Frage nach einem **acht- bzw. neunjährigen** Gymnasium?

Antwort: Wir fordern die Rückkehr zu G9. Nur so kann der zunehmenden Schule der zunehmenden Vielfalt gerecht werden. Eine gute (Aus)bildung braucht Zeit und keinen Stress. Schule leistet so viel mehr als einfach nur Wissensvermittlung sondern ist auch ein Ort von Sozialisation. Wir streiten für eine Schule die für alle Gruppen ein lebenswerter Ort ist - und das ist nicht in 8 Jahren zu schaffen.

- Was sind Ihre Vorschläge für einen gelingenden Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen? Wie stehen Sie zu Wiedereinführung der **verbindlichen Grundschulempfehlung**?

Antwort: Wir finden, dass im besten Fall die Frage nach der weiterführenden Schule in einem gemeinsamen Prozess zwischen Schüler*in, Eltern und Lehrer*innen beantwortet werden sollte. Verbindliche Grundschulempfehlungen verschieben in diesem Prozess das Gewicht zu sehr auf die Seite der Lehrer*in, deswegen lehnen wir diese ab.

- Unterstützen Sie die Forderung des Philologenverbands nach einer deutlichen **Absenkung des Klassenteilers**?

Antwort: Ja, der Klassenteiler muss abgesenkt werden. Jede*r lernt auf seine Weise am besten und in kleineren Klassen kann besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Schüler*innen eingegangen werden. Konkret fordern wir die schrittweise Absenkung des Klassenteilers auf 25 und für die Grundschulen auf 20.

- Wie bewerten Sie die gegenwärtige **Schulstruktur**? Sehen Sie Änderungsbedarf, und wenn ja, wo?

Antwort: Unser Ziel heißt nach wie vor "Eine Schule für Alle". In unserem Landtagswahlprogramm haben wir deshalb die Stärkung der Gemeinschaftsschulen als ein für uns wesentliches Ziel formuliert und konkrete Vorschläge hierzu gemacht.

Das mehrgliedrige Schulsystem zementiert soziale Grenzen, behindert soziale Mobilität und beschränkt Generationen von Schüler*innen in ihrer Entwicklung. Zudem fördert es das Denken in Kategorien von Ungleichheit und Konkurrenz. Schüler*innen sollten stattdessen möglichst lange solidarisch gemeinsam lernen, um die Chancengleichheit zu erhöhen. In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch die mangelnde Inklusivität der bestehenden Schulstruktur. Um Inklusion zu gewährleisten müssen Lehrkräfte aber auch durch multiprofessionelle Teams bestehend aus Sonderpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen sowie Inklusions- und Integrationsfachkräften entlastet werden.

Demokratieerziehung und Bildungsverständnis:

- Wie wollen Sie als demokratische Partei die **politische Bildung** im Land wieder stärken? Planen Sie eine Aufwertung des **Gemeinschaftskundeunterrichts** und wenn ja, wie?

Antwort: Politische Bildung entsteht am besten durch eigenes Handeln. Deshalb müssen etwa die Mitspracherechte von Schüler*innen auch in der Schule ausgebaut werden. Darüber hinaus sind für uns z.B. bestimmte Tage, wie der 8. Mai, als verpflichtenden Projekttag und Referenzpunkt der politischen Bildung besonders wichtig. Auch muss jedem Schüler mindestens einmal in seiner Schulzeit eine kostenlose Fahrt zu einer Gedenkstätte, welche an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert, ermöglicht werden.

Wissen um soziale Zusammenhänge und Prozesse sowie Wissen um historische Prozesse halten wir für wichtig, deswegen sind wir für eine Stärkung der sozialwissenschaftlichen Fächer, wozu zweifelsohne auch der Gemeinschaftskundeunterricht gezählt werden muss. Rassismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit dürfen an unseren Schulen keinen Platz haben.

- Von welchem **Bildungsverständnis** und von welchen Bildungsidealen lässt sich Ihre Partei leiten? Was ist Ihnen in der Bildungspolitik besonders wichtig, und wo sehen Sie aktuell den größten Handlungsbedarf?

Antwort: Eine sozial gerechte, ökologische, friedliche, demokratische und inklusive Gesellschaft ist unser Ideal. Hierzu muss Bildung ihren Beitrag leisten. Dabei betont DIE LINKE: Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung muss deshalb unabhängig von sozialem Hintergrund oder Herkunft alle Menschen bestmöglich individuell fördern. Bildung muss allen gebührenfrei zur Verfügung stehen und darf sich nicht nur auf die Weitergabe von Faktenwissen reduzieren. Gute Bildung hilft individuelle und kreative Fähigkeiten zu entdecken und fördert umfassende Selbstbestimmung sowie Teilhabe an unserer Gesellschaft. Inklusion, Diversitäts-, Umwelt-, Demokratie- und Friedensbildung sind für uns übergreifende Prinzipien, die in der Bildung im Allgemeinen verwirklicht werden müssen. Bildung darf deshalb auch viel mehr als bisher kosten. Das muss sie uns Wert sein.

Corona:

- Wie wollen Sie die **Schulen dauerhaft „coronasicher“** machen? Welche Maßnahmen und wie viel (zusätzliches) Geld sehen Sie dafür vor?

Antwort: In unserem Landtagswahlprogramm haben wir zur Sicherstellung eines coronasicheren Präsenzunterrichts folgende Forderungen festgehalten.

- Luftfilter und Plexiglaswände in allen Klassenräumen – diese Maßnahme würde bundesweit eine Milliarde Euro kosten. Dieses Geld wäre gut investiert.
- halbierte Klassen und Wechselbetrieb ab Pandemiestufe 3;
- FFP-2-Masken für alle Lehrer*innen;
- zusätzliche Unterrichtsräume mit geeigneter Ausstattung nach lokal gegebenen Möglichkeiten anmieten. Auch leerstehende Kultur- und Universitätsräume können sich für den Schulunterricht eignen;
- höhere Taktung auf Schulstrecken im ÖPNV zu unterrichtsbedingten Stoßzeiten; Antigen-Schnelltests, um die Teilnahme unerkannt Kranker am Unterricht auszuschließen.

Darüber hinaus gehört zur Coronasicherheit des Bildungssystems auch eine funktionierende stabile digitale Infrastruktur, um während besonders dramatischer pandemischer Lage auf den Digitalunterricht ausweichen zu können. Allen Schüler*innen und Lehrer*innen muss deshalb auch ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt werden – auch um dem Verfassungsgebot der Lehr- und Lernmittelfreiheit gerecht zu werden. Auch fordern wir ein Land-Bund-Programm für ein einheitliches landesweites Schulverwaltungs- und Lernsystem.